

## WIE EIN WUNDER DER GESCHICHTE

*Norbert Lammert*



Prof. Dr. Norbert Lammert ist Präsident des Deutschen Bundestages.

„Wir denken an die Vergangenheit nicht, um darüber zu brüten, sondern um sicherzugehen, daß sie sich nicht wiederholt“. Als der israelische Ministerpräsident David Ben-Gurion diesen denkwürdigen Satz im März 1960 bei einer Pressebegegnung nach seinem historischen Treffen mit dem deutschen Kanzler Konrad Adenauer im Hotel Waldorf Astoria in New York sagte, gab es noch keine diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel. In den Jahren nach der bedingungslosen Kapitulation des nationalsozialistischen Regimes, das Millionen europäische Juden vernichtet hatte, war es für Juden in Israel und anderswo nicht vorstellbar, dass jemals Vertrauen zwischen Deutschen und Israelis entstehen könnte. Ohne die Autorität Adenauers und Ben-Gurions wäre so früh eine Annäherung auch nicht möglich geworden, die eine immer engere Zusammenarbeit und schließlich Freundschaft zwischen unseren Ländern ermöglichte. Es war ein doppelter Glücksfall der Geschichte, dass diese beiden großen alten Männer unmittelbar nach den Staatsgründungen – Israel 1948 auf der Asche des Holocausts und die Bundesrepublik 1949 auf den Trümmern des Nazi-Regimes – als die jeweiligen ersten Regierungschefs die Einsicht und die Entschlossenheit zu einem völligen Neuanfang hatten.

Nach dem Abschluss des für den Annäherungsprozess zwischen Deutschen und Juden wichtigen Wiedergutmachungsabkommens im Jahr 1952 im Rathaus der Stadt Luxemburg dauerte es noch mehrere Jahre, bis die beiden Staaten diplomatische Beziehungen aufnahmen. Als vor 50 Jahren, am 12. Mai 1965, die Bundesrepublik und Israel zum ersten Mal offiziell Botschafter austauschten, war dies alles andere als selbstverständlich: es erscheint heute noch beinahe wie ein Wunder der Geschichte. Damals waren gerade einmal 20 Jahre seit dem Niedergang des

nationalsozialistischen Terrorregimes vergangen, das die Vernichtung jüdischen Lebens in Deutschland und Europa zum politischen Programm erhoben hatte – ein Kapitel unserer Geschichte, das auf immer prägender Bestandteil unseres Verhältnisses zu Israel sein wird.



Im Jahr 2005 wurde das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin eröffnet. Die dem Bau vorangegangenen Debatten im Bundestag zeugen von einer lebendigen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. |  
Quelle: Toby Keller, flickr ©①⑤②.

Die deutsch-israelischen Beziehungen müssen und sollten wir aber nicht ausschließlich auf unsere traumatische Vergangenheit begrenzen. Es gibt eine Reihe guter Gründe, den Blick auf die Gegenwart und die Zukunft zu richten. Auf nahezu jedem Gebiet lässt sich seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor 50 Jahren eine enge und intensive Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten beobachten. Es gibt einen lebhaften, wechselseitig befruchtenden Kulturaustausch, intensive, stets wachsende Handelsbeziehungen sowie zahlreiche Hochschul- und Wissenschaftskooperationen. Auf kommunaler Ebene haben sich inzwischen über einhundert Städtepartnerschaften etabliert. Seit 2008 unterhalten das deutsche und das israelische Kabinett

jährlich Regierungskonsultationen, die den Beziehungen zwischen unseren Ländern weitere wichtige Impulse geben. Dennoch ist deutlich, dass die beiderseitigen Beziehungen nicht „normal“ sind und es auch nicht sein dürfen. Für Deutschland gibt es eine historisch begründete besondere Verantwortung für die Existenz und die Sicherheit Israels, die Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer vielbeachteten und vielzitierten Rede vor der israelischen Knesset im März 2008 eindrucksvoll unterstrichen hat. Es bleibt unsere Aufgabe und unsere Pflicht, denjenigen entschieden entgegenzutreten, die Israels Existenzrecht in Frage stellen, und dafür zu sorgen, dass der israelische Staat mit demselben Recht wie seine Nachbarn in international anerkannten Grenzen leben kann – frei von Angst, Terror und Gewalt.

**Wenn heute Menschen in Deutschland bedroht werden, weil sie für den Staat Israel Partei ergreifen oder sich als Juden zu erkennen geben, dürfen wir dies nicht hinnehmen.**

Natürlich ist in diesem Zusammenhang auch die Frage nach der israelischen Verantwortung für die aktuellen Verhältnisse in den palästinensischen Gebieten erlaubt. Kritik ist legitim, manchmal unverzichtbar, auch und gerade unter Freunden. Wenn aber heute Menschen in Deutschland bedrängt, bedroht und angegriffen werden, weil sie für den Staat Israel Partei ergreifen oder sich als Juden zu erkennen geben, dürfen wir dies nicht hinnehmen. Wir sind dankbar dafür, dass nach den traumatischen Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur und des Holocausts wieder jüdisches Leben in Deutschland entstehen konnte. Das ist für uns, für die zweite deutsche Demokratie, nicht nur eines der schönsten Komplimente, sondern auch eine bewegende Vertrauenserklärung. Es ist beschämend, dass wir jüdische Einrichtungen in Deutschland weiterhin vor Übergriffen schützen müssen und es auch in unserem Land noch immer Antisemitismus gibt. Wir wissen, dass dies kein exklusives deutsches Problem ist. Wir wissen aber auch, dass er nirgendwo in der Welt so verheerende Folgen wie in Deutschland gehabt hat und daraus eine besondere Verantwortung des Staates, der Behörden und der Bürger resultiert, dem alltäglichen Antisemitismus keinen Raum zu lassen.

Dem deutschen Parlament kommt hier eine zentrale Rolle zu. Neben zahlreichen intensiven Debatten im Bundestag, wie etwa 1999 über die Errichtung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas, das vor genau zehn Jahren der Öffentlichkeit übergeben wurde, findet seit 1996 im Plenum jährlich eine Veranstaltung zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus statt. Dass zu diesem Anlass im Jahr 2010 mit Shimon Peres

bereits zum dritten Mal ein israelischer Staatspräsident vor dem Deutschen Bundestag gesprochen hat, unterstreicht einmal mehr unser besonderes Verhältnis zu Israel. Diesem Anliegen wurde und wird von allen Bundestagspräsidentinnen und -präsidenten auf ihre jeweils eigene Weise große Bedeutung beigemessen. Auch dank der engagierten Arbeit der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe, die bereits seit April 1971 freundschaftliche Beziehungen zu Israel pflegt, bestehen heute zwischen der israelischen Knesset und dem Deutschen Bundestag enge und vertrauensvolle Beziehungen. Diese drücken sich unter anderem in regelmäßigen gegenseitigen Besuchen, der Teilnahme am Internationalen Parlaments-Stipendium und im laufenden Austausch von Mitarbeitern aus.



Shimon Peres sprach 2010 als dritter israelischer Staatspräsident im Bundestag – ein Zeichen für das besondere Verhältnis der Bundesrepublik zum Staat Israel. | Quelle: Amos Ben Gershom GPO, Israelisches Außenministerium, flickr ©🇮🇱🇩🇪.

Das diesjährige herausragende Jubiläum wird auch der Deutsche Bundestag zum Anlass nehmen, die Beziehungen zu Israel mit einer Reihe von Aktivitäten und Veranstaltungen in den Mittelpunkt zu stellen. So werden Treffen der Parlamentspräsidenten in Israel und Deutschland stattfinden. Im Laufe des Jahres werden wir außerdem Kunstwerke junger israelischer Künstler präsentieren, die der Kunstbeirat des Deutschen Bundestages anlässlich des

50. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen für seine Kunstsammlung angekauft hat. Außerdem ist geplant, einen Teil einer von der Hebräischen Universität Jerusalem erstellten Sammlung von Handschriften Albert Einsteins mit einem Schwerpunkt auf seinem politischen Wirken auszustellen. Auch eine von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft konzipierte Ausstellung wird gezeigt, die die geschichtliche Entwicklung der einzigartigen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel widerspiegelt.

Dass wir 70 Jahre nach der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz und dem Ende des Zweiten Weltkrieges – der vielleicht größten Katastrophe der Menschheitsgeschichte, jedenfalls der deutschen Geschichte – auf eine langjährige und lebendige Freundschaft mit Israel zurückblicken können, ist ein Geschenk. Zugleich ist diese Freundschaft, die wir auch in Zukunft als nicht unkritischer, aber verlässlicher Partner weiter festigen und entwickeln werden, auch eine dauerhafte Aufgabe, auf die wir gerade in diesem besonderen Jahr sehr stolz sind.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Norbert Lammert', written in a cursive style.

Prof. Dr. Norbert Lammert  
Präsident des Deutschen Bundestages